

Gas geben - Linke Politik gegen neoliberalen Kahlschlag stellen

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie machen nur deutlich, was bereits seit längerer Zeit zu beobachten ist. Das neoliberale System ist in einer fundamentalen Krise. Auf die dringenden Fragen unserer Zeit vermag es keine befriedigenden Antworten zu geben. Klimakrise, soziale Spaltung, Erosion der Demokratie. Diese Themen beherrschen die politische Auseinandersetzung. Wie im Bund und im Freistaat, so auch in unserer Stadt. Die Probleme sind offen sichtbar. Investitionsstau, anhaltende negative demografische Entwicklung und zurückgehende finanzielle Handlungsfähigkeit. Es handelt sich dabei auch um Auswirkungen des jahrelangen Sparkurses der Bundes- und Landesregierungen. Kommunale Haushalte sind heute kaum noch ausgeglichen aufzustellen. Spielräume für freiwillige, oftmals schwer erkämpfte Leistungen schwinden zusehends. Soziale Vergünstigungen werden geschleift. Es regiert der „Sachzwang“. In diesen Zeiten ist Die Linke als Interessenvertreter „des kleinen Mannes“ unverzichtbar.

Gleichzeitig ist aber festzustellen, dass das Vertrauen in linke Politik offenbar zurückgeht. Die Zustimmungswerte bei den letzten Kommunalwahlen und insbesondere bei der Oberbürgermeisterwahl waren enttäuschend. Vor diesem Hintergrund gilt es, die bisherige Arbeit der Fraktion kritisch zu hinterfragen und Schlussfolgerungen für die restliche Zeit der Ratsperiode zu ziehen.

Es ist höchste Zeit, Gas zu geben. Der soziale Kahlschlag muss verhindert werden. Entschieden ist ein Rechtsruck in unserer Gesellschaft zu bekämpfen. Offensiv müssen wir zeigen, für was und – vor allem – für wen wir eintreten. So kann es gelingen, Wählerinnen und Wähler zurück zu gewinnen.

Folgende aktuelle Aufgaben stehen auf der Agenda:

Wahlprogramm mit Leben erfüllen

Das Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2019 ist die Richtschnur unseres Handelns. Kontinuierlich ist an der Umsetzung zu arbeiten. Statt nur auf Anträge der Verwaltung und anderer Fraktionen zu reagieren, müssen wir durch programmkonforme Anträge selbst aktiv Schwerpunkte der öffentlichen Debatte setzen. Auch wenn es wenig aussichtsreich erscheint, muss um Mehrheiten gerungen werden. Erfolge sind durchaus möglich, wie der letztlich gelungene vorläufige Erhalt des kostenlosen Vorschuljahres gezeigt hat. Aber auch wenn keine Mehrheiten gefunden werden, darf das nicht entmutigen. Leider haben wir bisher von allen Fraktionen die wenigsten Anträge eingebracht. Darunter leidet unser Ansehen in der Öffentlichkeit. Das muss deshalb dringend geändert werden.

Welches sind dabei die nächsten vordringlichen Ziele?

1. Gute Arbeit, gutes Geld

Immer, aber gerade auch in der Krise geht es vorrangig um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Zu verzeichnen ist eine zunehmende Abwanderung von Gewerbebetrieben ins Umland. Dies gilt es umzukehren durch eine offensive **Wirtschaftsförderung**. Dass hier einiges im Argen liegt, wissen wir. Wir sollten uns darauf konzentrieren, durch gezielte Anfragen die Mängel offenzulegen. Danach muss mit konkreten Anträgen auf eine Verbesserung hingewirkt werden.

Von guter Arbeit muss man auch gut leben können. Dafür sind **Tarifverträge** die beste Garantie. Deshalb müssen wir auf eine Stärkung von Tarifverträgen hinarbeiten. Dazu sollten wir erneut versuchen, Tariftreue oder soziale Mindeststandards als Vergabegrundsatz bei Ausschreibungen der Stadt zu verankern.

Außerdem gilt es, endlich die Einführung von Tarifverträgen in kommunalen Unternehmen voranzubringen. Dazu muss es eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Betriebsräten geben. Deren Anliegen muss in den Rat getragen werden.

2. Klimawandel und Folgen

Die sich beschleunigende menschengemachte Erderwärmung stellt große Anforderungen auch an uns als kommunale Verantwortungsträger. Weitere Versäumnisse heute werden zu erheblichen Auswirkungen später führen. Das betrifft nicht nur die Lebensqualität der Menschen, sondern auch die Kosten für die Bewältigung der Folgen. Unser Ziel muss es sein, diese Folgen soweit es in unserer Macht steht, zu vermeiden. Dazu sollten wir den Schulterschluss mit „Fridays for future“ und anderen Akteuren suchen, deren Argumente aufnehmen und in parlamentarische Aktivitäten umwandeln. Anträge und Anfragen können sich z. B. auf die Gestaltung von Park- und Grünflächen beziehen oder auf die Förderung von alternativer Energiegewinnung, etwa mehr Photovoltaik auf städtischen Gebäuden abzielen.

Von großer Bedeutung ist in dem Zusammenhang auch der weitere Ausbau des **ÖPNV**, vor allem der Straßenbahn. Hier gibt es zahlreiche Möglichkeiten, initiativ zu werden. Statt für mehr (noch dazu billige) Parkplätze in der Innenstadt sollten wir uns für einen attraktiven ÖPNV einsetzen. Ansätze könnten mehr Park- and Ride-Angebote oder auch die Kopplung der Eintrittskarten für Kulturveranstaltungen mit ÖPNV-Nutzung (analog Spiele des FSV) sein.

3. Demokratischer Zusammenhalt, soziale Stadt

Durch die Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements wird aktiv die politische Willensbildung befördert. Deshalb muss es für uns selbstverständlich sein, mit demokratisch aufgestellten Vereinen, Initiativen und Verbänden zusammenzuarbeiten und ihre Anliegen in konkrete parlamentarische Aktionen umzusetzen. Vor allem muss es uns um die weitere Stärkung der Demokratie und Resilienz gegen demokratiefeindliche Tendenzen gehen. Dies können wir z. B. erreichen, wenn wir uns für Geschichtsprojekte oder den Erhalt und die Pflege von Denkmälern und Gedenkstätten einsetzen.

Eine ständige Aufgabe muss auch die Ausgestaltung der Stadt als Lebensraum für alle Menschen sein. Das betrifft die Bereitstellung von Spielplätzen für alle Altersgruppen und von Jugendtreffs mit angemessener personeller Ausstattung. Sehr wichtig ist die Berücksichtigung der Interessen behinderter Menschen. Hier können wir uns z. B. für konsequente Barrierefreiheit einsetzen.

Städtische Museen und Galerien dienen der Bildung und kulturellen Erbauung aller Bürgerinnen und Bürger. Es darf nicht sein, dass sie armen Menschen nicht offen stehen. Deshalb werden wir weiter für eine kostenlose Nutzung zumindest für Kinder und sozial Benachteiligte eintreten. Überhaupt müssen bei allen Entscheidungen die sozialen Auswirkungen besonderes Augenmerk haben.

Konsequent werden wir dafür eintreten, dass in der Stadt vielfältige und angemessene Möglichkeiten zum Sporttreiben zur Verfügung stehen.

Öffentliche Präsenz verbessern

Alle parlamentarische Arbeit muss mit einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit verbunden werden. Dazu gehört die Darstellung in sozialen Netzwerken genauso wie die in Massenmedien. Wir sollten hierzu Fortbildungsangebote nutzen und darauf aufbauend unsere öffentliche Präsenz voranbringen. Mit Medienvertretern soll eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aufgebaut und gepflegt werden.

Außerdem sollten wir, sobald wieder möglich, Infostände nutzen, um mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Wann immer es sich anbietet, sollten wir öffentliche Fraktionssitzungen

durchführen. Den Bürgerinnen und Bürgern müssen wir vermitteln, dass wir als Kümmerer zur Verfügung stehen und dass ihre Anliegen (sofern sie demokratischen Grundregeln entsprechen) bei uns in guten Händen sind.

Transparenter und kooperativer Umgang in der Fraktion

Die Fraktion muss ein Gremium sein, in dem gegenseitige Achtung und Vertrauen herrschen. Alle Fraktionsmitglieder sollen sich aktiv in die Arbeit einbringen. Informationen müssen allen zur Verfügung stehen. Es darf kein Herrschaftswissen und keine Alleingänge geben. Entscheidungen sind gemeinsam zu beraten und zu beschließen. Dabei ist jede Meinung wichtig und jede Idee gefragt.

Die Aufgaben sollen gleichmäßig verteilt werden. Fehler sind als Chance zur Verbesserung anzusehen und transparent zu besprechen. Von großer Wichtigkeit ist die Kompetenz unserer beratenden Bürger. Sie müssen aktiv in die Fraktionsarbeit einbezogen werden.

Darüber hinaus gilt es, ständigen Kontakt und Austausch mit dem Stadtvorstand zu suchen und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Gemeinsame Sitzungen sollten regelmäßig durchgeführt werden.